

Von: info@nr-feldmann.de
Gesendet: Freitag, 3. Januar 2025 18:04
An: Stadtverwaltung Xanten
Cc: Ingo Brohl, Landrat Kreis-Wesel
Betreff: Bürgerantrag: Xanten in Gefahr: Ein „weiter so“ bedroht unsere Heimat am Niederrhein
Anlagen: PÜG-NR.pdf; Text Petition 2-20-18-99999-033378.pdf

Bürgerantrag:

Xanten in Gefahr: Ein „weiter so“ bedroht unsere Heimat am Niederrhein

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrats,

Xanten in Gefahr: Gemeinsam handeln für den Schutz unserer Heimat am Niederrhein

wir Bürgerinnen und Bürger der Stadt Xanten wenden uns mit großer Sorge und gleichzeitig mit der Hoffnung an Sie, dass wir gemeinsam die Herausforderungen, die unsere Heimat betreffen, bewältigen können. Der fortschreitende Salzabbau in unserer Region stellt erhebliche Risiken für den Hochwasserschutz und die Lebensqualität aller Bewohner dar. Dies widerspricht nicht nur den Prinzipien des Grundgesetzes, das den Schutz des Lebensraumes garantiert, sondern gefährdet auch die Zukunft unserer Region.

Wir sind überzeugt, dass nur durch eine enge Zusammenarbeit und entschlossenes Handeln von Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Politik Lösungen gefunden werden können, um diesen Risiken wirksam zu begegnen. Daher bitten wir Sie, unsere Anliegen mit Aufmerksamkeit zu prüfen und gemeinsam mit uns nach Wegen zu suchen, die Sicherheit und Lebensqualität am Niederrhein nachhaltig zu verbessern.

Die fortlaufende Genehmigung des Salzabbaus in unserer Region führt zu Bodenbewegungen, die die Stabilität unserer Deiche, die historische Infrastruktur und damit die Sicherheit der gesamten Bevölkerung – nicht nur in Xanten, sondern im gesamten Poldergebiet – gefährden. (Anlage: Potenzielles Überflutungsgebiet, linker Niederrhein)

Besonders besorgniserregend ist, dass die Rechtsaufsicht bisher nicht ausreichend gewährleistet hat, dass sicherheitsrelevante Auflagen eingehalten werden. Dies erschüttert das Vertrauen in die bestehenden Kontrollmechanismen und erfordert dringendes Handeln.

Auch die aktuelle Gesetzeslage, insbesondere §8 Absatz 5 des Klimaanpassungsgesetzes (KAnG), lässt eine Genehmigung schädlicher Umwelteinwirkungen zu, sofern diese zeitlich begrenzt sind. Diese Regelung steht im Widerspruch zum Vorsorgeprinzip, das zum Schutz von Menschen und Umwelt unverzichtbar ist. Wir fordern eine Überprüfung dieser Regelung und verweisen auf eine dazugehörige Petition (Anlage: Pet 2-20-18-2704-033378), die derzeit im Bundestag bearbeitet wird.

Aus diesem Grund ist ein „weiter so“ unsozial, wirtschaftspolitisch nicht zukunftsfähig:

1. Salzabbau

Die Fortführung des Salzabbaus am Niederrhein ist angesichts der weiteren Umweltbelastung und Risikoerhöhung für die einzigartige Naturlandschaft des Niederrheins nicht mehr vertretbar.

2. Rechtsaufsicht

Um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, fordern wir eine unabhängige Überprüfung der bisherigen Arbeit der Rechtsaufsicht und eine Stärkung ihrer Kontrollbefugnisse. Nur so kann eine effektive Überwachung der Einhaltung von Richtlinien sichergestellt werden.

3. Klimaanpassungsgesetz

Insbesondere ist eine Anpassung von §8 Absatz 5 KAnG erforderlich, um zukünftig einen wirksamen Schutz unserer Umwelt vor den Folgen des Klimawandels zu gewährleisten."

4. Verantwortung der Kommune

An die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister am Niederrhein: Als „Meister der Bürger“ tragen Sie die Verantwortung, den Schutz Ihrer Städte und Gemeinden sicherzustellen. Sollte es da nicht selbstverständlich sein, die kommunale Verantwortung für den Hochwasser- und Stauwasserschutz stärker einzubinden? Das Klimaanpassungsgesetz (KAnG) gibt klare Leitlinien, wie wir uns den Folgen des Klimawandels anpassen können. Eine engere Zusammenarbeit mit Institutionen wie dem Deichverband und der LINEG ist dabei unerlässlich. Nur so kann ein einheitlich hoher Standard im Hochwasser- und Stauwasserschutz am Niederrhein gewährleistet werden – im Sinne der Sicherheit und der Bedürfnisse der Bevölkerung.

5. Schutzmaßnahmen

Eine objektive Bewertung sowie der Zustand der Schutzmaßnahmen sollen jährlich von einem unabhängigen Institut der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Zudem fordern wir eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung von Schutzmaßnahmen.

6. Fluchtwegsystem

Zum Schutz der Bevölkerung im Falle eines Stauwasserereignisses fordern wir den Aufbau eines flächendeckenden Systems von Fluchtwegen und Rettungsstellen. Diese müssen regelmäßig überprüft und gewartet werden, um eine schnelle und sichere Evakuierung zu gewährleisten."

Begründung

- **Gefährdung des Hochwasserschutzes:** Der Salzabbau untergräbt die Stabilität der Deiche und erhöht das Risiko von Überschwemmungen für alle Bewohner des Poldergebiets.
- **Versagen der Rechtsaufsicht:** Die bisherige Kontrolle der sicherheitsrelevanten Auflagen ist unzureichend.
- **Lücken in der Gesetzgebung:** §8 Absatz 5 KAnG ermöglicht schädliche Einwirkungen auf die Umwelt, was inakzeptabel ist.
- **Kommunale Verantwortung:** Die Stadt Xanten ist in der Pflicht, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen.
- **Präventive Maßnahmen:** Durch die genannten Maßnahmen kann das Risiko von Hochwasserschäden minimiert werden.

Wir erwarten von Ihnen, dass Sie dieser dringenden Angelegenheit höchste Priorität einräumen und zeitnah handeln, wobei die übergreifende Zuständigkeit des Kreises Wesel einzubeziehen ist.

Um Antwort wird gebeten, Ergebnisse sind uns mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen vom HWS-Team,
Hans-Peter Feldmann
Zur Wassermühle 45, 46509 Xanten
02801-6584 - info@nr-feldmann.de - www.nr-feldmann.de

Sachbuch-Autor „[Steinische Reflexionen](#)“ ISBN 978-3-384-06376-2
Seit Sept. 2024: Lehrmittel in Hochschule RHEIN-WAAL